

FIV-Dok.Nr./DFI
E 354.092 ✓

Die Entspannung und „die deutsche Frage“ in der Sicht von de Gaulle und Pompidou

André Fontaine

Der Chefredakteur und langjährige Außenpolitiker von LE MONDE, André Fontaine, hat in diesen Wochen eine umfangreiche Arbeit über „die Geschichte der Entspannung (1962–1980)“ vorgelegt. Mit diesem Untertitel hat er klargestellt, daß für ihn die Entspannung – jedenfalls die Form, die sie während der siebziger Jahre in vielen, auch verantwortlichen Köpfen angenommen hatte – der Vergangenheit angehört. Der Titel des Buches „Un seul lit pour deux rêves“ ist einem Ausspruch des früheren chinesischen Ministerpräsidenten Tschu-En-Lai entnommen. Er enthält die doppelte kritische Note, die man in Paris mehr und mehr der Entspannungspolitik gab: den Hinweis auf die Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Einverständnisses auf Kosten anderer (ein einziges Bett) und die Warnung vor überspannten Hoffnungen (zwei Träume).

André Fontaine hat nicht nur die Geschichte der Ost-West-Beziehungen während der letzten zwanzig Jahre geschrieben, sondern hat sie in einen weltweiten Rahmen gespannt, in dem der Ferne und Nahe Osten, die Entwicklung in Afrika und Lateinamerika einen breiten Raum einnehmen. Wer seine Arbeit verfolgt, weiß, daß dabei immer viel eigene Beobachtungen vor Ort, vertrauliche Kenntnisse aus informativen Gesprächen mit handelnden Personen oder deren diplomatischen Vertretern einfließen. Das Buch¹⁾ ist eine Art Fortsetzung der zweibändigen „Geschichte des Kalten Krieges“ vom gleichen Verfasser. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags veröffentlichen wir zwei Passagen, die sich auf den deutschen Anteil an dieser Entspannungspolitik beziehen und auf die Beleuchtung, unter der man sie in Paris sah, wo sie nie von der „deutschen Frage“ getrennt wurde, also von der Teilung Deutschlands und ihrer eventuellen Überwindung.

Am 20. Juni 1966 landet *de Gaulle* in Vnukovo, wo ihn, hinter der sowjetischen Troika in Schlapphüten, die Hurra-Rufe, das Hackenschlagen und die roten Harnische der langen Kerls von der Moskauer Garde erwarten. Er grüßt „das blühende, mächtige und von friedlichem Eifer erfüllte Rußland.“ In den Straßen jubelt ihm eine gewaltige Menge zu. Niemand sonst genoß die Popularität des Generals, der dem Bedürfnis des russischen Volkes nach Verehrung den dreifachen Anblick des großen Mannes, des Patrioten und des

Verbündeten in schweren Zeiten bot. Die Zeiten hatten sich erheblich geändert seit jenem Dezembermonat 1944, als *de Gaulle* um jeden Fußbreit ringend mit einem ziemlich herablassenden *Stalin* verhandeln mußte . . .

In seinem Toast beim Diner im Kreml umreißt der Staatspräsident das Ziel, das er mit seinem Besuch anstrebt: „Für Frankreich, das keineswegs die wesentliche Rolle verkennen will, die die Vereinigten Staaten bei der Befriedung und Neugestaltung der Welt zu spielen haben, ist es die Wiederherstel-

¹⁾ Editions Arthème Fayard, Paris 1981, 538 S., 98,- FF

lung Europas zu einem fruchtbaren Miteinander, während es heute durch eine fruchtlose Spaltung gelähmt ist.“ Und damit alles klar sei, fügt er noch, vom Status quo sprechend, hinzu, daß „man es dabei nicht belassen könne.“ Dieser edle Vorsatz, den die berühmte Formel „Europa vom Atlantik zum Ural“ griffig macht, kommt den Bedenken der Sowjets nur halb entgegen. Ihre erste Sorge gilt, im Gegensatz zu ihm, der Konsolidierung des europäischen Status quo. In bezug auf die Grenzen von 1945 und den Ausschluß der Bundesrepublik aus dem Klub der Atom-mächte, ist *de Gaulle* mit ihnen einer Meinung. Zu mehreren Malen, seit 1959, hat er sich für die Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen, die Polen von Ostdeutschland trennt. Und er eröffnet seinen Gesprächspartnern im Kreml: „Wir haben den Deutschen gesagt, daß unseren Beziehungen mit ihnen die Ablehnung jedes atomaren Ehrgeizes ihrerseits zugrunde liege.“ Zur Teilung Deutschlands dagegen bezieht man ganz entgegengesetzte Standpunkte. *De Gaulle* sollte die Unterhaltung darüber einige Monate später *Willy Brandt* mit folgenden Worten erzählen: „Kossygin, Breschnjew und Podgorny haben mich nachdrücklich gedrängt, die rechtliche Existenz von zwei deutschen Staaten anzuerkennen. Ich habe mit einem kategorischen Nein geantwortet. Ich habe erklärt, daß es keine zwei deutschen Staaten gebe und nur ein deutsches Volk. Die DDR sei nur ein künstliches Gebilde ohne wirkliche Realität. Darum erkennt Frankreich sie nicht an und wird sie auch in Zukunft nicht anerkennen.“

An der Moskauer Universität geht *de Gaulle* soweit, von „neuer Allianz“ zu sprechen. Aber die offiziellen Exegeten stellen schnell klar, daß man diesem Begriff keine besondere Bedeutung beimessen dürfe. Und die gemeinsame Erklärung, die am 29. Juni nach Ende seines Besuchs veröffentlicht wird, hat ihn wohlweislich nicht übernommen. In

ihr spricht man selbstverständlich von „Détente, Entente und Kooperation“, man schafft eine „Große Kommission“, die die Entwicklung des Austausches fördern soll, und man erklärt sich entschlossen, „auf diesem Wege fortzuführen und sich zu bemühen, nach und nach an diesen Bemühungen die Gesamtheit der europäischen Völker zu beteiligen.“ Es wird beschlossen, eine direkte Fernschreiblinie einzurichten, analog zum berühmten roten Telefon zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml.

Offensichtlich hat man, statt anderer Lösungen, versucht, eine organische Kooperation herzustellen, vergleichbar derjenigen, die der Vertrag von 1963 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschaffen hat. Aber gibt es nicht einen Widerspruch zwischen diesen beiden Formen der Kooperation? Es stimmt schon, daß Frankreich und die Sowjetunion in dieser Zeit beide die gegenseitige Verbindung suchen. Aber sie suchen sie nicht gegenüber demselben Widersacher. Für den Mann im Elysee sind es die Vereinigten Staaten; für den Kreml ist es Deutschland. Und nun ergibt es sich, daß die Amerikaner mehr und mehr geneigt scheinen, den Russen in bezug auf Deutschland die Garantien zu geben, die *de Gaulle* ihnen nicht geben kann – oder nicht geben will.

Am 7. Oktober 1966 hat *Johnson* eine große Rede gehalten, die von *Brzezinski*, dem Leiter des Instituts für sowjetische Studien der New Yorker Columbia-Universität und Autor einer als Buch erfolgreichen Studie der Möglichkeiten, die Spaltung Europas zu überwinden, vorbereitet wurde. „Ohne unsere deutschen Verbündeten zu kränken“, sagt er, „möchte ich die Polen und die Russen wissen lassen, daß wir niemals zur Gewalt greifen würden, um die Oder-Neiße-Linie oder irgendeine andere, allgemein anerkannte Grenze zu ändern.“ In derselben Rede wiederholte er den Gedanken eines Abkom-

mens zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, über das *Rusk* einige Tage zuvor mit seinem sowjetischen Kollegen *Gromyko* debattiert hatte. Für die Amerikaner handelte es sich bei diesem Vertrag vor allem darum, soweit wie möglich zu verhindern, daß Atomwaffen in die Hände Unverantwortlicher fielen. Aber für die Sowjets war es im wesentlichen ein Mittel, um die Bundesrepublik vom Klub der Atommächte fernzuhalten und sicherzustellen, daß sie nie einen Status quo in Frage stellen könnte, dessen Garant das gewaltige sowjetische Arsenal ist.

„... eine Hoffnung auf Wiedervereinigung lassen.“

Dieses Projekt liegt den sowjetischen Führern so am Herzen, daß *Kossygin*, als er im Dezember 1966 den Besuch *de Gaulles* erwidert, einen großen Teil der Unterredungen darauf verwendet, *de Gaulle* zum Beitritt zu überreden. Aber der General will davon nichts wissen, denn der sicherste Effekt des Vertrages wird in seinen Augen darin liegen, daß er die doppelte Hegemonie, die bei ihm zur Zwangsvorstellung geworden ist, um so fester verankert. Und er muß immer von der Wiedervereinigung sprechen. „Sicher“, sagt er, „wir können uns nicht dafür begeistern, und wir haben es damit nicht eilig, aber man muß dem deutschen Volk eine Hoffnung auf Wiedervereinigung lassen“; dabei verstehe es sich von selbst, daß man eine Art Konföderation ins Auge fassen müsse und kein Reich.

„Für ihn“, schreibt *Couve de Murville*, „war die deutsche Frage vor 25 Jahren ein Bestandteil der Rivalität der beiden Weltmächte geworden, und man mußte sie wieder aus diesem Zusammenhang lösen und in einen europäischen Rahmen zurückführen.“ „Wir fassen ohne Zögern ins Auge“, hatte *de Gaulle* selbst bei seiner Pressekonferenz vom 9. September 1965 gesagt, „daß ein Tag

kommt, wo das ganze Europa, um zu einem konstruktiven Einvernehmen vom Atlantik bis zum Ural zu gelangen, seine eigenen Probleme lösen will und vor allem das Problem Deutschlands, und dies auf die einzig mögliche Weise, durch ein allgemeines Übereinkommen.“ Das war leichter gesagt als getan. Der Dialog mit den Sowjets, der in so spektakulärer Weise begonnen hatte, kommt nicht mehr voran. Das *Kommuniqué*, das die Unterredungen abschließt, zeigt keinen Fortschritt im Vergleich mit der gemeinsamen Erklärung, die im Juni in Moskau unterzeichnet wurde.

Die Reise nach Warschau, die der General im Sommer 1967 macht, wird ebenso fruchtlos bleiben. *Gomulka*, den er auffordert, sich etwas von Moskau zu distanzieren, antwortet mit einem gerade noch höflichen *non possumus*. Die Hoffnung überlebt jedoch, weil es noch Rumänien gibt, „das Frankreich des Ostens“, das sich innerhalb des Warschauer Pakts immer sässiger benimmt. *De Gaulle* mißt dieser Entwicklung soviel Bedeutung bei, er ist so sehr entschlossen, sie zu ermutigen, daß ihn die Ereignisse vom Mai 1968 in Frankreich nicht hindern, einer Einladung von Präsident *Ceausescu* zu folgen. Wie in Warschau hat er auch in Bukarest einen triumphalen, und nach allen Zeugen weitgehend spontanen Empfang: ein Beweis, daß die Politik der Öffnung nach Osten des französischen Staatschefs die Menschen besticht, daß sie so wie er selbst davon ihre Emanzipation erwarten. Der Prager Frühling, der zur gleichen Zeit ausbricht, ist an sich schon ein weiterer Beweis. Aber sein Scheitern, durch die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei, läutet auch für lange Zeit das Ende des „Europa vom Atlantik zum Ural“ ein.

Enttäuscht von der Aufnahme, die die Führer des Ostens seiner Politik der Öffnung bereiten, findet *de Gaulle* schließlich einen Trost in den neuen

Tönen, die man in Bonn anschlägt, seitdem Erhard im Jahre 1966, von den erschöpften Liberalen verlassen, einer Regierung der „Großen Koalition“ aus den beiden großen Parteien Platz gemacht hat, die sich seit Gründung der Bundesrepublik heftig bekämpften . . . Einer der hauptsächlichen Vorwürfe, die diese neue Regierung ihren Vorgängern machte, hieß gerade, sie habe die Beziehungen mit Paris immer schlechter werden lassen. So widmete Kiesinger ihnen einen breiten Platz in seiner Regierungserklärung vom 13. Januar 1967: „Europa, das mit einer Stimme sprechen muß, wie es die amerikanischen Staatsmänner gewünscht haben, setzt eine immer engere politische Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich voraus.“ Und er empfahl eine Erneuerung des Vertrages von 1963, dessen Lebensdauer der General an einem Tag der Entmutigung mit den Rosen verglichen hatte.

De Gaulle selbst sollte Brandt anvertrauen, daß er diese Erklärung „sehr interessant, sehr ermutigend“ gefunden habe, und er wiederholte ihm, wie der spätere Bundeskanzler berichtet, was er schon im Juni 1965 zu ihm gesagt hatte, nämlich daß Frankreich „der Wiedervereinigung durchaus zustimme“. Selbstverständlich, so fuhr er fort, wüßten beide, daß dieses Ziel nicht leicht zu erreichen sei. Aber es sei nicht utopisch. Das war nicht ganz die gleiche Sprache, die er zur fast gleichen Zeit gegenüber Kossygin gebrauchte . . . Und es folgte eine große Freske, aus der hervorging, daß der einzige Weg, zu diesem Ziel zu gelangen, die Entspannung sei. „Wohlverstanden, es ist Deutschlands Sache, selbst den politischen Weg zu finden. Frankreich jedenfalls hat den Sowjets erklärt, daß es einer deutsch-russischen Entspannung günstig gegenüberstehe. Wenn Deutschland es wünscht, wird Frankreich ihm auf diesem Weg behilflich sein . . .“

Es dauerte dann, wie man weiß, noch drei Jahre, bis unmittelbare deutsch-sowjetische Gespräche über die großen Fragen der Nachkriegszeit in Gang kamen, und ein weiterer Regierungswechsel in Bonn ging ihnen voraus. Auch in Paris hatte sich die Szene geändert. General de Gaulle war abgetreten, nachdem er bei einem Referendum über eine Regionalreform in der Minderheit geblieben war. Sein früherer Premierminister Georges Pompidou war zum Staatspräsidenten gewählt worden und mit ihm ein Mann, der in außenpolitischen Fragen wesentlich vorsichtiger operierte und der insbesondere nie das Mißtrauen gegenüber den Deutschen ablegte, mit dem seine Generation erzogen worden war und auch ihre eigenen Erfahrungen gemacht hatte. Aus persönlichen Aufzeichnungen zitiert André Fontaine Bemerkungen Pompidous, aus denen hervorgeht, daß seine Furcht vor einem deutschen Alleingang schon fast gespenstische Formen annahm. Um das deutsche Gewicht auszugleichen, so erläuterte Pompidou eines Abends während eines Essens dem redaktionellen Führungstab von LE MONDE, gebe es „kein anderes Mittel, als sich sowohl auf die USA, die Sowjet-Union und auf Großbritannien zu stützen und gleichzeitig natürlich die besten Beziehungen mit Bonn zu unterhalten. „Sie verstehen“, fügte er hinzu, „daß ich das nicht öffentlich sagen kann.“ Aus dieser Einstellung heraus und aus der Sorge, daß die deutsche Ostpolitik von Bonn in Verkennung der Weltlage als ein relativ schneller Weg zur Wiedervereinigung konzipiert werde, entwickelte er eine Haltung zu den Ereignissen, über die André Fontaine folgendermaßen berichtet:

Pompidou und sein „dreifaches Problem“

Die Begeisterung, die die französische wie die amerikanische Regierung über

die deutsche Ostpolitik empfanden, hielt sich in engen Grenzen. *Georges Pompidou* betrachtete nicht ohne Eifersüchtelei den Lorbeer, den zunächst die Presse und schließlich sogar die Jury des Nobelpreises auf dem Haupt von *Brandt* anhäufte. Außerdem „konnte er ihn nicht fassen“, wie er *Michel Jobert* anvertraute. „Wo steht er? Was will er? Wir unterhalten uns immer ausgezeichnet – aber es kommt nichts nach.“ Am 22. September, im Verlauf eines Essens mit Journalisten, resümiert er mit folgenden Worten „das dreifache Problem, vor das mich sein (*Brandts*) Vertrag stellt: Er macht zunächst gewaltige Konzessionen. Können Sie sich vorstellen, daß ich endgültig auf das Elsaß, die Vogesen, die Nordprovinzen verzichten würde? Zweitens: Deutschland handelt nun allein, ohne irgendjemanden um Erlaubnis zu fragen. Und drittens: Es gerät ins Fahrwasser der Sowjetunion.“

Deutschland an Europa binden

Zu *Pierre Viansson-Ponté* (Leiter des innerpolitischen Ressorts von *LE MONDE*, Anm. d. Red.) sollte er am 15. Dezember desselben Jahres sagen: „Meine persönliche Analyse beruht auf der deutschen Situation . . . Ein sowjetisch-amerikanisches Übereinkommen wird eines Tages unvermeidlich sein, und es darf nicht geschehen, daß dann Europa wie ein Sandwich eingedrückt wird. Die Europa-Politik muß dazu dienen, Deutschland so an Europa zu binden, daß es sich nicht mehr lösen kann.“ Seine Sorge war, die Amerikaner könnten eines Tages ihre Truppen aus Europa zurückziehen und den Deutschen klarmachen, daß sie sich auch mit dem Osten verständigen müßten. „In diesem Fall werden wir – wenn nicht die Sowjetunion sogar solche Bedingungen stellt, daß das wiedervereinigte Deutschland ganz und gar kommunistisch werden muß – eine Wiederver-

einigung im Schatten einer angeblichen Neutralität erleben, aus der dann sehr bald auch eine deutsche Atomwaffe auftauchen würde.“

Nun war es allerdings nicht gerade diese Richtung, die von *Nixon* eingeschlagen wurde und vor allem nicht von *Kissinger*, von dem *Jobert* zu Recht vermerkt, „daß er Deutschland nicht liebt, ist sicher“, obwohl er erstaunlicherweise den Ton des „Herrn Professor“ nicht nur beibehalten hat, sondern auch pflegte. Am 16. Februar 1970 faßte er in einer Aufzeichnung für den Präsidenten seine Einwendungen gegen die Ostpolitik auf lange Sicht so zusammen: „Vergessen wir nicht“, schrieb er, „daß sich in den fünfziger Jahren zahlreiche Deutsche der West-Integration Bonns widersetzen mit dem Vorwurf, damit werde die Teilung Deutschlands besiegelt und Deutschland für die Zukunft daran gehindert, wieder eine aktive Rolle nach Osten zu spielen. Diese Art von Auseinandersetzung kann noch heftiger wieder aufleben, und das würde nicht nur die innerdeutschen Probleme verschärfen, sondern auch bei den westlichen Verbündeten Deutschlands Zweifel an seiner Zuverlässigkeit als Bündnispartner auslösen.“

Die Befürchtungen von Washington und Paris waren im Grunde die gleichen mit dem immerhin erheblichen Unterschied, daß man im Elysee die Amerikaner verdächtigte, sie wollten eines Tages die Deutschen in die Arme der Russen werfen, während die Amerikaner fürchteten, das würden die Deutschen selbst besorgen. Die möglichen Lösungen sahen beide in gleicher Weise: „Wir hatten keine andere Wahl“, schrieb *Kissinger*, „als dem Unvermeidlichen eine konstruktive Orientierung zu geben“. *Pompidou* hätte diesen Satz sicher unterschrieben. Wie hätte er auch eine Politik verurteilen können, die sich geradewegs aus dem Dreiklang „détente, entente et coopération“ ableitete, der *General de Gaulle* so teuer war?